

Kulturförderung vor großen Herausforderungen

Von Carmen Emigholz

Deutschland ist reich an Kultur. Eine Tatsache, die für viele Menschen identitätsstiftend wirkt, Neugier weckt, inspiriert und zu lebenslangem Lernen ermuntert. Der Facettenreichtum ist nahezu unerschöpflich und so fällt es gerade in deutschen Großstädten nicht schwer, vielfach kommerziellen Angeboten zu entsagen und eine persönliche kulturelle Orientierung zu finden.

Diese im Wesentlichen staatliche Leistung ist nicht nur über den Schutz von Freiheitsrechten gestützt, sondern auch über konkretes politisches Handeln, das die wirtschaftlichen Rahmensetzungen für kulturelle Betätigung vornimmt. Der folgende Beitrag zum zunächst wenig erquicklich anmutenden Aufsatzthema „Kommunale Kulturförderung im Lichte der Anforderungen von Schuldenbremse“ tangiert in diesem Fall leider nicht den ästhetischen Diskurs, sondern die Mühsal operativer Strategien zur Sicherung von Kunst und Kultur.

Verfolgt man die aktuellen Veröffentlichungen der für Kultur verantwortlichen Gremien und Verbände, lässt sich feststellen, dass ein sich jahrelang abzeichnendes Problem eine inzwischen ernsthafte Dimension bekommen hat. Vor dem Hintergrund immer enger werdender politischer Gestaltungsspielräume ist gerade der sogenannte freiwillige Leistungsbereich, dem Kultur zugerechnet wird, wahrnehmbaren Bedrohungen ausgesetzt. In diesem Sinne argumentiert auch der Deutsche Städtetag in seinem Positionspapier „Standortfaktor Kultur“.¹

Die Kulturhoheit liegt bei den Ländern und damit – abgesehen von Berlin – auch die Achslast der staatlichen Grundfinanzierung. Nicht selten werden schon Tarifrunden für die staatlichen oder staatsnahen Kultureinrichtungen zur ernsthaften Bedrohung für die Stabilität ihrer Haushalte.

Noch sehr viel angespannter ist dem gegenüber die Lage der „Freien Szene“. Akteure, die sich entschieden haben, in staatsfernen Organisationsformen zu arbeiten, agieren häufig wirtschaftlich nicht nur im außertariflichen Bereich, sondern nehmen Lebensbedingungen am Rande der Armutsgrenze in Kauf. Dabei darf nicht vergessen werden, dass häufig Projekte und Produktionen aus diesem Milieu nicht nur mit schmalen Budgets zurechtkommen, sondern sowohl ästhetisch als auch konzeptionell eine hohe Qualität besitzen.

Die Kulturpolitische Gesellschaft (KuPoGe) identifiziert in einer Mitteilung ein Zwei-Klassen-System, welches dem Konsens der Kultureinrichtungen untereinander abträglich sei.² Es ist gut, dass Oliver Scheytt im Kontext der Haushaltsberatungen des Bundes fordert, dass der Bund bei der Vergabe von Mitteln auch diesen Bereich besonders in den Fokus nehmen müsse. Sofern es sich nicht unmittelbar um die direkt vom Bund geförderten Institutionen handelt, sind diesem Appell nach der derzeitigen Lage strikte Grenzen gesetzt. Das Bestreben vieler Ebenen der Fachpolitik, das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern für

¹ „Standortfaktor Kultur“: Positionspapier des Deutschen Städtetags, beschlossen vom Hauptausschuss in seiner 208. Sitzung am 7. November 2013, Berlin

² „Kultur fair fördern“: Mitteilung der Kulturpolitischen Gesellschaft vom 12. Juni 2014

den Sektor Kultur aufzuheben, ist bedauerlicherweise gescheitert. Dies bedeutet, dass übergreifende Länderinitiativen notwendig sind. Das erkennbare Strukturproblem löst sich nicht primär individuell, sondern nur in einem gemeinsamen Vorgehen. Dies ist nicht nur für die strategische Entwicklung von geeigneten Förderinstrumenten im Haushalt vonnöten, sondern berücksichtigt auch, dass die Ausgabenpolitik der Länder und Kommunen zunehmend im Vergleich (Benchmarking) bewertet wird.

Aus sozialdemokratischer Sicht ist das Ermöglichen von Arbeitsverhältnissen, die ein selbstbestimmtes Leben durch den eigenen Broterwerb sichern, oberstes Ziel - dies muss auch für Menschen gelten, die künstlerisch tätig sind oder Kulturberufe ausüben.

Hier gibt es viel zu tun.

Viele Kulturakteure können von ihrer Tätigkeit nicht leben, sondern halten sich mit Transferleistungen oder zusätzlichen Jobs über Wasser. Rechnet man solche Berufsbiographien hoch, ist Altersarmut in vielen Fällen vorprogrammiert.

Wie kann man dem begegnen?

A Förderstrategien

Zunächst einmal empfiehlt es sich, konkret und gerade in der Kulturförderung, Aktivitäten, die in den staatlichen Förderkontext gehören, von solchen, die im Kern privatwirtschaftlich organisiert werden können, abzugrenzen. Gezielte Förderung schärft den Blick für das wirtschaftlich notwendige Handeln. Agenturbetriebe, überwiegend kommerzielle Veranstaltungszentren oder Boulevardangebote bedürfen nur selten staatlicher Unterstützung.

Zeichnet sich ab, dass freie Kultureinrichtungen als wichtiger Bausteine urbanen Lebens wahrgenommen werden, stellt eine Finanzierungsentscheidung von Jahr zu Jahr für die dort arbeitenden Menschen eine unzumutbare Belastung dar. Deshalb entscheiden sich immer mehr große Städte und Kommunen, diese Einrichtungen mit festen Haushaltstiteln auszustatten. Eine Entwicklung, die man nur begrüßen kann, um kulturelle Vielfalt zu sichern und Menschen vernünftige Lebensverhältnisse zu ermöglichen.

Verlässlichkeit ist als politische Grundhaltung in diesem Zusammenhang eine nicht zu unterschätzende Tugend.

Diese strategische Entscheidung hat jedoch auch eine Schattenseite, die nicht verschwiegen werden darf. Je mehr Einrichtungen in den öffentlichen Leistungskatalog aufgenommen werden, desto geringer sind die Spielräume für neue Initiativen. Deshalb ist es nicht sinnvoll, einem Denken Vorschub zu leisten, das von der These ausgeht, nur gänzlich Neues bringt auch Erneuerung.

Diese Annahme muss relativiert werden.

In der alltäglichen kulturpolitischen Praxis muss anerkannt werden, dass viele innovative Impulse inzwischen auch aus etablierten Kultureinrichtungen kommen. Als Bremerin sei mir der persönliche Einschub gestattet, dass in unserer Stadt gerade das Theater Bremen einen sehr fortschrittlichen Weg geht. Kooperationen mit der freien Szene sind selbstverständlich, eine Öffnung und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist lange keine Zielstellung mehr, sondern wahrnehmbarer Alltag und neue Netzwerke verlassen ausgetretene Pfade und sorgen für Belebung.

Verantwortliche Politik ist gefordert, solche Wege zu forcieren, bei denen die „Großen“ mit den „Kleinen“ Kooperationen eingehen und sie mit ins Boot holen. Wird ein solches Vorgehen von staatlicher Seite gestärkt, gewinnt man auch in prekären wirtschaftlichen Situationen Spielräume, weil alle Partner davon profitieren.

Projektförderung sollte demgegenüber als zielgerichtetes, zeitlich begrenztes Instrument im eigentlichen Sinne stattfinden. Beherzigt man dieses System, lassen sich Grenzen und Möglichkeiten schneller identifizieren und man bekommt einen Blick für Notlagen.

Für zusätzliche Stabilität sorgen auch öffentliche und private Partnerschaften in der Kulturförderung. Dies gilt vor allem für die Absicherung besonderer Ereignisse und Projekte. Ist man seitens der öffentlichen Hand bereit, verlässliche Grundfinanzierungen zu gewähren, eröffnen sich Gestaltungsfelder, die den Haushalt entlasten und dabei helfen, Produktionen und Projekte auf den Weg zu bringen, die in Zeiten knapper Kassen durch den Staat allein kaum zu finanzieren wären.

B Umgang mit besonderen Herausforderungen

Die unter A dargestellten Förderstrategien und Instrumente sorgen sicher für eine verbesserte Ressourcensteuerung, sind aber nicht geeignet, vollständig öffentliche Haushaltsnöte zu beseitigen, um eine gerechtere Verteilung von Mitteln zwischen etablierten Kultureinrichtungen und Freier Szene zu ermöglichen.

Politiker aller verantwortlichen Entscheidungsebenen brauchen ein abgestimmtes Vorgehen in Fragen des Umgangs mit Tarifsteigerungen und inflationsbedingt steigenden Kosten.

Hier ist es kurzfristig wünschenswert, Notfall- oder Unterstützungsfonds einzurichten. Langfristig aber ist die Verbesserung der Lebensverhältnisse von Menschen, die ihre jetzige Arbeit zum Teil mit hohem zusätzlichen ehrenamtlichen Einsatz leisten, nur dann zu erreichen, wenn man nicht in einem populistischen Schnellschuss, sondern mit Augenmaß und in seriöser Arbeit neue kulturpolitische Grundlagen individueller wirtschaftlicher Existenzsicherung entwickelt.

Ein solcher Prozess braucht Zeit, aber er lohnt, weil eine Gesellschaft gut beraten ist, auch in Zeiten komplexer wirtschaftlicher Herausforderungen das Potenzial aktiver Kulturförderung zu erkennen.

Für die einen wäscht Kunst im Sinne Pablo Picassos den Staub des Alltags von der Seele, für die anderen ist der Umgang mit der Kultur ein Gradmesser für die Verfasstheit von Freiheitsrechten in unserer Gesellschaft.